

Streifzüge durch politische Themen in Bundesbern

(Referat «4Jahre in Bern – ein Erfahrungsbericht» bei der Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaft und Gesellschaft AWG Zug, 2. Mai 2007

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, vor diesem erlauchten Gremium referieren zu können. Ich mache dies aus folgenden Gründen gern:

Erstens hat die AWG Zug einen entscheidenden Beitrag vor vier Jahren geleistet, dass die CVP überhaupt ihren Nationalratssitz gehalten hat. Ohne Ihre Bereitschaft, die Ihrer Kandidaten, wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen, auch nicht ohne Ihre finanziellen Aufwendungen.

Zweitens habe ich in den letzten vier Jahren festgestellt, dass das Amt des Kantonalpräsidenten einer Partei zwar auf der einen Seite eine sehr schöne und ehrenvolle Tätigkeit ist. Andererseits ist man in dieser Eigenschaft aber vor allem an DVs Sitzungsleiter, und muss achten, dass die Meinungsbildung der Delegierten fair und ausgewogen bleibt. Deshalb kann man dort nicht seine eigene Meinung einbringen, erklären, oder mitargumentieren. Insofern fehlt es mir etwas an Möglichkeiten, die eigene politische Position in der eigenen Partei darzustellen. Man wird dann als Referent an DVs anderer Parteien oder anderer Kantone eingeladen, und vertritt dort die Positionen. Aber in den eigenen Reihen ist das als Kantonalparteipräsident nicht so gut möglich. Deshalb ist es für mich eine gute Gelegenheit, einmal vor Ihnen etwas meine Ansichten zur Diskussion zu stellen, zu begründen.

Der dritte Grund ist ein wahlkampfmassiger: Sie haben ja in der letzten Zeit immer wieder lesen können, wo man mich politisch verorten, oder versenken will, und es gehört natürlich zur Taktik des politischen Mitkonkurrenten, den Gegner anzugreifen. Aber solche Gelegenheiten wie heute Abend bieten auch Möglichkeiten, das zu diskutieren, evt. auch zu begründen, mindestens aber zu erklären zu versuchen. Ich komme darauf noch zurück.

Ich möchte Ihnen eine tour d'horizon über die Bundespolitik der letzten vier Jahre machen, wobei ich klar einschränken muss, dass der horizon vor allem ein subjektiver ist, persönlich, deshalb natürlich auch etwas verengt. Es geht mir nicht um eine totale Gesamtschau, die ist nicht möglich, auch nicht sinnvoll. Sondern ich möchte über folgendes berichten.

- A) Persönliches zum Anfang
- B) Politisches 1: Rückblick auf (fast) vier Jahre Bern
- C) Politisches 2: Ausblick auf die Gegenwart: Wahlkampf
- D) Politisches 3: Ausblick auf (evt.) vier weitere Jahre Bern
- E) Persönliches zum Schluss

A) Persönliches zum Anfang

Es ist trivial, und alle sagen es, wenn man es dann aber selbst erlebt, ist es doch überraschend: was Ihnen als erstes als Parlamentarier auffällt, ist die enorme Menge an Akten, Papier und Vorlagen. Das haben Sie vermutlich schon oft gehört, aber es ist meiner Meinung nach doch bemerkenswert. Pro Kommissionssitzung von 1,5 Tagen erhalten Sie Akten für ca. 12 Traktanden, je etwa 100 Seiten. Es geht mir nicht darum, jemanden zu beeindrucken, sondern es ist klar, dass Sie bei dieser Menge sofort auswählen, sich absprechen innerhalb der Fraktionsgruppe, die in der Kommission sitzt, wer welches Geschäft übernimmt. Wenn Sie sich jetzt bewusst sind, dass dies schon bei den Geschäften der Fall ist, wo Sie Kommissionsmitglied sind, dann können Sie sich leicht vorstellen, dass Sie bei Geschäften anderer Kommissionen erst dann etwas tiefer gehen, oder sich orientieren, wenn es in die Fraktion, allenfalls später in den Rat kommt. Dort können Sie als NR auch nur dann reden, meistens, wenn Sie in der Kommission waren, und wenn Sie für die Fraktion als Sprecher bestimmt sind. Pro Session haben Sie dann ca. 50 Geschäfte.

Jetzt können Sie sich natürlich fragen: wie bildet sich ein Parlamentarier eine Meinung? Die Kommissionsgeschäfte sind klar, da sind Sie eingearbeitet. Wie sieht es bei den andern Geschäften aus? In aller Regel lesen Sie Zusammenfassungen, hören auf Ihre Fraktionskollegen, diskutieren die Sache in der Fraktion, und im Idealfall hören Sie auch im Ratssaal noch zu.

Aber es kommt natürlich auch vor, dass Sie bei gewissen Geschäften nicht im Rat sind, sich auch nicht eingearbeitet haben, sondern einfach mehr oder weniger der Fraktionslinie folgen. Ein Beispiel aus der letzten Session: die Agrarpolitik. Wenn man nicht in der Kommission war, warteten zwei Tage Debatte auf Sie, wo man nur abstimmen, aber nicht mitreden konnte. Dort hörte ich zum Beispiel die Argumente des Zuger Bauernverbands, die der Fraktion und der Bundesrätin an. Man weiss dann zwar die groben Züge einer solchen Vorlage, aber z.B. Silierungs- oder

Verkäsungszulage sind dann Sachen, die man den Spezialisten überlässt. Um ehrlich zu sein: manchmal bekommt man dann ein Echo auf einen Entscheid, wo man zuerst wieder rekonstruieren muss, worum es ging, und wie man selbst entschieden hat. Aber es ist gar nicht anders möglich, Sie können nicht überall alles selbst machen, oder gar noch schauen, dass überall die Fraktion so entscheidet, wie Sie es manchmal gern hätten.

Ein zweiter starker Eindruck: als Milizparlamentarier stösst man an Grenzen. Unter echten Milizparlamentariern verstehe ich solche, die ihr Einkommen nicht beim Staat, sondern insbesondere selbständige Unternehmer sind. Es gibt davon nicht sehr viele. Aber solche haben die Herausforderung, dass sie sich ein politisches Mandat leisten können müssen, das heisst Stellvertreter haben und bezahlen, und dass sie zeitlich an die Grenzen dessen geraten, was Sie leisten können: 150 Tage im Jahr in Bern, oft nach Sessions- oder Kommissionssitzung nach Hause, und nachts wieder zurück nach Bern – das zwingt Sie zur Ökonomie. Wohlverstanden: für mich ist das Milizsystem das effizienteste, und die Qualität der politischen Entscheide des Parlaments in der Schweiz ist nicht schlechter als die eines teuren Profiparlaments. Aber man stösst an die Grenzen. Auch da beneide ich manchmal Parlamentarier, die auf einen Mitarbeiterstab zurückgreifen können, der ihnen die Reden und Vorstösse, das Material vorbereitet etc. Ich kenne zum Beispiel einen, dessen Sekretärin für die ganze Session pro Tag alle Dossiers bereitstellt. Andererseits, und das ist dann wieder beruhigend für mich: ich habe nicht den Eindruck, dass er mehr Einflussmöglichkeiten hat dadurch, dass er freie Zeit hat, oder dass seine Voten so viel gründlicher und besser sind. Auch hier gilt: wer wenig Zeit hat, arbeitet manchmal etwas effizienter.

Das einzig Bedenkliche an dieser Belastung ist, dass die Verwaltung einen immensen Wissensvorsprung hat, den sie auch für ihre Interessen auszunützen versucht. Da muss man immer auf der Hut sein.

B) Politisches 1: Rückblick auf (fast) vier Jahre Bern

Was ist – aus meiner Sicht – in den letzten vier Jahren politisch bewegt worden? Ich zähle zuerst ein paar Sachen auf, und nachher gehe ich noch auf die Themen ein, bei denen ich selbst tätig war.

Die Rechnung des Bundes schliesst mit schwarzen Zahlen ab, ca. 2Mia. Nicht viel, aber immerhin. Entlastungsprogramme haben ihre Wirkung gezeigt.

In der Aussenpolitik wurden mit der EU weit reichende Verträge abgeschlossen, Bilaterale 2, mit Schengen/Dublin, Personenfreizügigkeit, Kohäsionsmilliarde.

Ein neues Ausländergesetz wurde nach 5 Jahren Arbeit bestätigt, das Asylgesetz verbessert. Die Pensionskasse des Bundes wurde saniert – ein Milliardengrab, das mindestens zugeschüttet wurde. Die SBB und die Post warten noch. Die Sozialwerke werden langsam saniert: IV Revision. Die Baustelle Gesundheitswesen bleibt eine Baustelle. Die Unternehmenssteuerreform wurde durchberaten. Das CO2 Gesetz wurde beschlossen. Das Föderalismus-Projekt NFA geht in die Umsetzungsphase.

Das sind ein paar Grossprojekte. Ich könnte noch mehr aufzählen, aber es sind darunter die, wo ich in den Kommissionen war. Ich bin in der Staatspolitischen Kommission, momentan Vizepräsident, d.h. bei einer Wiederwahl werde ich diese Kommission zwei Jahre präsidieren können. Das sind dann so kleine Höhepunkte im Parlamentarier-Dasein... Zudem bin ich in der Aussenpolitischen Kommission, und in der nicht ständigen Kommission NFA. Ich habe sicher noch manche Projekte nicht erwähnt oder vergessen.

Mein Eindruck ist der, dass das Parlament nicht so blockiert ist, wie es manchmal scheint. Natürlich haben wir öfter Verbindungen zwischen SVP und Linken, die im NR Vorlagen zum Scheitern bringen. Aber im Ständerat können FDP und CVP mit guten Mehrheiten manches Blockierte wieder auf den Weg bringen. Die Auseinandersetzungen sollen heftiger sein als früher, sagen mir ältere Ratskollegen. Ich kann das nicht so beurteilen.

Ich möchte mich auf zwei Themen beschränken: auf das Thema, das seit längerer Zeit die Bevölkerung als Sorge Nr 1 beschäftigt, die Migration/Ausländer/Asylthematik, und das zweite, das Verhältnis der Schweiz zur EU.

Zur Migration: Seit längerer Zeit können wir bei allen Umfragen lesen, dass dieses Thema nach wie vor die Schweizer Bevölkerung am meisten beschäftigt. Wir haben in den Räten ein Ausländergesetz gezimmert, das den neuen Verhältnissen Rechnung trägt, aber nur noch für Ausländer gilt, die von ausserhalb der EU kommen. Der Grundsatz des Gesetzes ist der, dass von ausserhalb der EU in die Schweiz nur noch Personen kommen sollen, die über besondere Qualifikationen verfügen. Mit der EU gilt ja die Personenfreizügigkeit, ein riesiger Markt an Arbeitskräften, allerdings noch kontingentiert, aber es ist natürlich sinnvoller, Ausländer aus EU Ländern zu

holen als von ausserhalb. Integrationsschwierigkeiten sind weniger zu erwarten. Aus meiner Sicht korrigiert nun das neue Ausländergesetz Fehler der 90er und früherer Jahre, als man mit dem Saisonierstatut und der weitgehenden Aufnahme von Personen aus dem Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien Fakten schuf, deren Folgen man heute nun bei den Jugendlichen spürt. Das neue Ausländergesetz gibt Möglichkeiten zur Integration, fordert diese aber auch von denjenigen, die sich integrieren wollen oder eben müssen. Ich bin sicher, dass dieses Gesetz, von den Linken als inhuman verschrien, dort die Migration kontrolliert, wo die Schweiz sie noch kontrollieren kann. Die positiven Folgen davon werden aber erst in ein paar Jahren spürbar sein, und die Immigration aus Südosteuropa in den 90ern und vor allem deren Folgen werden noch länger spürbar sein.

Das Asylgesetz brachte insbesondere den CVP Vertretern, die daran mitarbeiteten, harsche Kritik ein. Natürlich wurde man als Unchrist tituiert. Ob es im gewünschten Ausmass wirklich wirksam wird, ist zu hoffen. Aber es gibt genügend Instanzen, wie zum Beispiel die Asylrekurskommission, das letzte Gericht in Asylfragen, die durch ihre Urteile wieder Schlupflöcher schaffen. Die Flüchtlingsströme gehen dahin, wo die wirtschaftlichen Bedingungen attraktiv sind und wo die Asylpolitik nicht mit den Entwicklungen Schritt hält. Deshalb bleibt die Asylthematik ein Feld, das man permanent weiter überwachen und anpassen muss.

Oder wussten Sie zum Beispiel, dass man heute ohne gültigen Aufenthalt in der Schweiz, also als Illegal sich hier Aufhaltender, ohne weiteres eine Schweizerin, einen Schweizer, heiraten kann? Oder wussten Sie, dass man in der Schweiz als Türke heiraten kann, ohne von der Frau in der Türkei geschieden worden zu sein, dann die erste Familie nachziehen kann, von der Sozialhilfe leben kann, sogar das Schweizer Bürgerrecht erhält. Das sind Missbräuche, die den Ärger in der Bevölkerung, nebst den bekannten Fällen, enorm verstärken. Deshalb gilt es hier ganz besonders, wachsam zu sein. Wir tun den wirklichen Asylanten den schlechtmöglichen Dienst, wenn die Missbräuche toleriert werden, und damit das Vertrauen ins Asylwesen darnieder liegt. Und wenn wir hier wegschauen, schaffen wir ein permanentes Tummelfeld für die SVP.

Ein zweites grosses Feld waren die Beziehungen zur EU. Die Personenfreizügigkeit ist aus meiner Sicht eine sinnvolle Sache. Allerdings wären für mich die flankierenden Massnahmen nicht nötig gewesen. Auch hier wurde man in die Zange genommen zwischen SP und SVP: die SVP wollte zu nichts Hand bieten, und deshalb

musste man zu teure und zu arbeitsplatzfeindliche Massnahmen den Gewerkschaften zugestehen. Obwohl wir bis 2011 noch Kontingente haben, wurden hier Zugeständnisse gemacht, die noch gar nicht nötig waren.

Am kritischsten für mich war das Abkommen Schengen/Dublin. Obwohl das Volk ja gesagt hat, ist es noch nicht in Kraft. Aus meiner Sicht hat der Bundesrat eine falsche Taktik gewählt, indem er glaubte, Schengen/Dublin brächte so viele Vorteile, dass man im Gegenzug das Zinsbesteuerungsabkommen, an sich ein viel gravierenderer Eingriff in die Autonomie, zuliess. Schengen/Dublin ist aus meiner Sicht nicht das, wofür es gehalten wird: ein Sicherheitsabkommen. Sondern primär ein Abkommen für offene Grenzen, wo man diese Offenheit mit Sicherheitszusammenarbeit kompensieren muss. Es ist für mich nach wie vor nicht einleuchtend, warum wir hier ein wesentliches Instrument zur Steuerung der Migration aus der Hand gegeben haben. Wenn in Spanien Afrikaner landen und als sans papiers amnestiert werden, haben sie innerhalb der EU keine Barrieren mehr. Die Aussen-grenze der EU ist zu schwach, da sähe ich lieber eine zusätzliche Schweizer Grenze. Der entscheidende Punkt ist aber, dass wir mit Schengen/Dublin erstmals eine institutionelle Verbindung mit der EU eingegangen sind. Diese Annäherung geht mir zu weit. Insgesamt sehe ich nach wie vor Tendenzen, v.a. in der Verwaltung, auf einen EU Beitritt hinzuarbeiten. Dagegen sollte man sich wehren.

C) Politisches 2: Ausblick auf die Gegenwart: Wahlkampf

Wie sieht dieses Jahr aus? Ich möchte vier kurze Streiflichter auf die Gegenwart setzen:

- a) die parteipolitischen Kräfteverhältnisse, der Zustand der CVP
- b) der NFA
- c) das Wetter
- d) die Zuger Wohlstandsmüdigkeit

a) die parteipolitischen Kräfteverhältnisse, der Zustand der CVP

Das Präsidium der CVP ZG machte im November eine Klausursitzung. Wir haben dort Szenarien diskutiert. Das momentan wahrscheinlichste: SVP legt nochmals zu, SP verliert zugunsten der Grünen, CVP hält sich oder verliert leicht, FDP verliert

leicht stärker als CVP, bleibt aber vor ihr. Sie können im Herbst sehen, ob wir recht haben. Es handelt sich um nationale Prognosen, in Zug wird es wahrscheinlich anders laufen.

Die CVP Schweiz hat ja nach dem Debakel vor vier Jahren eine Erneuerung beschlossen und umgesetzt. Ich war dort Leiter einer der drei Arbeitsgruppen. Am Ende war ich aber enttäuscht, dass die Erneuerung nicht stattfand, sondern dass man der Partei ein sozialliberales Etikett verpasste. Noch immer geht man meiner Ansicht nach davon aus, dass es Erfolg verspricht, wenn man einfach in Zielgruppen denkt, und die Politik danach ausrichtet, diesen Zielgruppen etwas zuzuhalten. Die anderen Parteien werden uns in ihren Forderungen immer übertreffen können.

Ich vermisste bei einer Erneuerung die fundamentalen Fragen: z.B. wann setzte der Niedergang der CVP ein und warum? Hat es einen Zusammenhang mit der Fusion von Christlichsozialen und Katholisch-Konservativen? Hat es einen Zusammenhang mit den Versäumnissen der 80er Jahre, als man nicht auf die drängenden Fragen reagierte, als man in die Agglomerationen marschieren wollte und das treue Fussvolk in den Stammlanden vernachlässigte? Warum ist es ausgerechnet einem reformierten Pfarrersohn aus Zürich gelungen, die Stammlande der CVP massiv zu vereinnahmen? Ich finde es schade, dass die CVP nicht versuchte, einmal grundsätzlich zuerst ihre politischen Haltungen zu definieren. Zum Beispiel die eigenen Werte, wie Freiheit, Selbstverantwortung, Föderalismus, Subsidiarität, Solidarität – aus diesen Werten hätte man zum Beispiel dann Antworten auf die Probleme geben müssen.

Stattdessen hatten wir das Glück, eine ausserordentlich integrative mediengerechte Präsidentin zu haben, die geschickt diese Widersprüche der Partei ausgleichen konnte, und kaschieren konnte, dass sich eigentlich nichts in der CVP geändert hatte, ausser eventuell, dass die Fraktion noch etwas nach links rutschte. Über den Zustand der CVP Zug können wir in der Diskussion vielleicht noch sprechen.

b) der NFA

Der NFA sollte aus meiner Sicht in Zug nochmals im Sommer ein Wahlkampfthema werden. Wir werden in der Sommersession mit allen Zuger Anliegen hochkant unterliegen, wenn nicht ein Wunder passiert. Für ein Referendum sind wir zu wenig, und es wäre schwierig, die dafür nötigen 500'000 Fr. aufzutreiben, allein von Zug aus. Trotzdem scheint es mir wichtig, auch im Wahlkampf darauf hinzuweisen, wer sich wie zum NFA positioniert. Ich bin auch überzeugt, wäre auch der linke Zuger

Vertreter im Nationalrat aktiver für Zug eingestanden, hätten wir teilweise mehr erreichen können. Das sollte man aus meiner Sicht der Zuger Bevölkerung im Sommer und Herbst auch vermitteln.

c) das Wetter

Das Wetter wird den Wahlausgang mitbeeinflussen. Wenn es ein heisser Sommer wird, ist die Klimaveränderung schuld, wenn es ein verregneter Sommer wird, ist die Klimaveränderung schuld, wenn es ein normaler durchschnittlicher Sommer wird, bestätigt diese Ausnahme die Regel, dass die Klimaveränderung schuld ist. Dagegen wird von bürgerlicher Seite her schwer anzutreten sein. Wer – wie ich – die Signale zwar auch sieht, aber auch sieht, dass es durchaus auch in der Wissenschaft immer noch offen ist, ob sich das Klima wirklich langfristig ändert, oder ob diese Wechsel nicht doch auch zum System Natur gehören, wer hier noch skeptisch ist, hat es schwer. Ich bin einfach noch nicht so weit, in diesen Konsens oder in diese apokalyptische Sichtweisen einzustimmen. Ich habe Zeitungsausschnitte aus den 70er Jahren, wo die Wissenschaftler eine Klimaänderung feststellten, und sagten, es stünde eine neue Eiszeit bevor. Ich möchte erinnern, dass das Waldsterben offenbar nicht dem Klimawandel zu verantworten war. Ich möchte erinnern, dass Grönland ein Name ist, der von den Wikingern kam, und Grünes Land hiess. Vor 1000 Jahren waren die Gletscher dort weit weniger gross als heute, es war viel wärmer dort als heute. Und als es wieder kälter wurde, verliessen die Wikinger die nicht mehr grüne sondern mehr weisse Insel. Und ich möchte besonders darauf hinweisen, dass wenn alle Länder eine derart CO₂ freie Stromproduktion hätten wie wir, die Luft um einiges besser wäre. Während wir Schweizer uns überlegen, wie wir mit staatlichen Massnahmen die Wirtschaft weiter hemmen, um noch ein klein wenig umweltfreundlicher zu werden, eröffnet China alle 2 Wochen ein Kohlekraftwerk oder ein Gaskombikraftwerk, dessen Ausstösse alles in den Schatten stellen, was wir hier üben.

Verstehen Sie mich recht: man muss die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen. Aber ich fürchte, dass man im Wahlkampf hier in einer schwierigen Position sein wird, wenn man versucht, hier noch ein paar Fragen zu stellen.

d) die Zuger Wohlstandsmüdigkeit

Ein weiteres Thema ist eine Grundstimmung, die ich etwas polemisch die Zuger Wohlstandsmüdigkeit umschreiben möchte. Ich habe den Eindruck, gewisse Kreise, auch Teile der Medien, sehen das Erfolgsrezept des Kantons Zug nur noch als Belastung. Man hat nicht Freude, dass unser Wirtschaftsstandort boomt, dass wir die jüngste und am schnellsten wachsende Bevölkerung der Schweiz haben, dass wir Arbeitsplätze schaffen, kurz, dass es uns gut geht. Man betont die Probleme, zum Beispiel die hohen Mieten und Landpreise, man entschuldigt sich, dass man erfolgreich ist, und man möchte gerne Unternehmen davon abhalten hierher zu kommen.

Gerade für die CVP Zug wird das schwierig, denn wir haben uns immer zu Recht auch so dargestellt, dass wir einen grossen Anteil am Zuger Erfolg haben. Jetzt kommen wir in die Position, dass offenbar manche, auch gut verdienende, das Gefühl haben, es sei genug jetzt im Kanton, man müsse jetzt bremsen. Sie sehen nicht, dass erstens andere Kantone sehr gerne unsere Probleme hätten. Aus meiner Sicht muss man im Wahlkampf auch darauf Antworten finden: es geht darum zu zeigen, dass man immer Nachteile haben wird, dass aber die Nachteile, die Zug hat, die Nachteile sind, die am ehesten zu tragen sind, und die Vorteile weitaus überwiegen.

D) Politisches 3: Ausblick auf (evt.) vier weitere Jahre Bern

Wie sehe ich die eventuell weiteren vier Jahre in Bern? Welches sind die Themen, die Herausforderungen?

Es sind die Themen, die die Menschen beschäftigen, als da sind: Migration, damit zusammenhängend die Bereiche, wo die Migration sich negativ auswirkt, wenn die Integration nicht klappt, nämlich vor allem Sicherheit, Gewalt, Schule als Ort, wo sich Jugend auslebt. Wir sollten uns nicht täuschen: wenn die politische Mitte diese Sorgen nicht ernst nimmt, hier alte Tabus zelebriert, statt Lösungen zu finden, werden die Pole weiterhin zulegen. Die Rechten, weil sie das Problem benennen, aber nicht lösen, die Linken, weil sie das Problem negieren oder dem Staat neue Aufgaben zuweisen können.

In Klammern: was leider auch in den nächsten vier Jahren kein Thema sein wird, kein richtiges, ist Bildung. Es fehlt dort an einer eigentlichen Diskussion, die auch einmal prüft, was mit dem Geld geschieht, sondern man pumpt einfach Jahr für Jahr mehr hinein, ohne den output wirklich anzusehen. Allerdings muss man auch sehen, dass natürlich Bildung primär ein kantonales, nicht nationales Thema ist.

Energie und Umwelt: hier werden sich in den nächsten vier Jahren die Fronten verhärten. Die jetzt deutlich absehbare Strom-Lücke, wenn die alten KKW's vom Netz gehen, der Import aus der EU nicht mehr möglich sein wird, wird ebenso wie lange das Ausländerproblem negiert, und die Lösungsansätze liegen weitauseinander, sodass, wenn man sich für etwas Mehrheiten finden, dann für umweltbelastende Massnahmen.

Zudem wird es eine Tendenz geben, dass im Namen des Klimaschutzes weitere staatliche Belastungen den Faktor Arbeit in der Schweiz verteuern werden. Konzepte, die versuchen, liberale Modelle zu entwickeln, werden es schwer haben.

Aussenpolitisch wird die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien/Bulgarien eine Knacknuss werden. Persönlich votiere ich dafür, hier mit der EU noch längere Übergangsfristen und Kontingente auszuhandeln, als es mit den 15 neuen Staaten der Fall ist, oder es sonst wenn möglich einmal drauf ankommen zu lassen, und die Personenfreizügigkeit abhängig zu machen von wirtschaftlichen, nicht politischen Daten.

Die Finanzierung der Sozialwerke bei ungünstiger Demografie bleibt weiterhin auf der Agenda. Hier ist nur in kleinen Schritten vorwärts zu kommen. Beim Gesundheitswesen kommen wir vermutlich auf längere Sicht nicht so vorwärts wie nötig. Zu viele Beteiligte profitieren mehr, wenn sich nichts ändert.

Wirtschaftspolitisch halte ich es für wünschenswert, dass die Politik keinen Aktivismus entwickelt, sondern sich darauf beschränkt, Freiräume für unternehmerisches Handeln zu ermöglichen. Wenn Sie sehen, was alles gefordert wurde noch vor wenigen Jahren, von neoliberaler wie sozialdemokratischer Seite, dann ist es manchmal ganz gut, wenn nichts davon realisiert wird. Wirtschaftliches Wachstum ist vor allem dann möglich, wenn die Eigenkräfte der Wirtschaft gestärkt werden. Das Wachstum des letzten und dieses Jahres ist nicht wegen, sondern trotz politischem Aktivismus entstanden, und es wird auch wieder andere Jahre geben, ohne dass die Politik da allzu viel ausrichten kann und soll.

Wo die Politik gefordert ist: dort wo es darum geht, der Bevölkerung die Notwendigkeit und Wichtigkeit einer freien selbstverantwortlichen Wirtschaft zu zeigen. Das heisst auch, dass Korrekturen bei negativen Auswüchsen der Wirtschaft nötig sind. Korrekturen können zum Beispiel in der Frage der Aktionärsrechte, in der Frage des Images der Topverdiener angebracht werden. Sie machen 1% der Wirtschaft aus, prägen aber das Bild und die Erwartungen auch für die KMUs. Mit fatalen Folgen.

E) Persönliches zum Schluss

Ich komme zum Schluss:

Ich habe nicht mehr als einfach ein paar Themen kurz angetönt, ohne zu vertiefen. Das war, so hoffe ich, auch nicht die Erwartung. Aber es ging mir darum, Ihnen auch einmal zu zeigen, mit welcher Vielfalt von Themen man als Parlamentarier konfrontiert ist, wo man gezwungen ist, sich eine Meinung zu bilden, Position zu beziehen. Genau das macht auch einen Teil der Faszination von Politik in Bern aus. Sie merken förmlich in den Debatten, Begegnungen, Diskussionen, dass Sie mitten im politischen Nervenzentrum der Schweiz sind. Und Sie merken, so nach ein paar Jahren, welche Netzwerke Sie aufbauen können, wie Sie Entscheide in eine Richtung drehen können, wie Sie Einfluss in der Fraktion nehmen können. Die ersten vier Jahre sind vor allem dazu da, zu lernen. Gewisse Sachen würde ich anders machen, ich glaube aber, in den meisten Fällen meiner Position treu geblieben zu sein, nicht viel anders zu politisieren, als ich es hier im Kantonsrat tat. Falls Sie etwas beunruhigt waren in letzter Zeit, dass man mich in die SVP stellen wolle, kann ich Sie beruhigen. Für einmal hat Jo Lang etwas Richtiges geschrieben: er schrieb vor ein paar Monaten im Bulletin der Alternativen Zug auf die Frage, warum der Pfister denn nicht bei der SVP sei, folgendes:

Erstens sei der Stil und die Figuren in der SVP nicht unbedingt mit meinen kompatibel, zweitens würde ich es ablehnen, in einer Fraktion zu sein, wo man auf Kommando politisiert, drittens sei ich durchaus ein typischer Vertreter der CVP Kanton Zug, die innerhalb der CVP Schweiz eine der wirtschaftsnahesten und in diesem Sinne rechtesten sei.

Wenn Sie Jo Lang nicht glauben, glauben Sie vielleicht der NZZ: sie wertet das Stimmverhalten jährlich aus. Auch wenn man den Wert solcher Einstufungen nicht überschätzen sollte, sie geben doch ein zutreffendes Bild. Zudem, ich kanns nicht lassen, ein kleiner Buchtipp für Leute, die sich mit Politik gerne beschäftigen: der Autor des besagten Klassements in der NZZ, Michael Herrmann, hat ein wunderschönes Buch herausgegeben: den Atlas der politischen Landschaften der Schweiz, wo er jeden Kanton und manche Gebiete abbildet, nach ihrer politischen Ausrichtung.

Ich habe mir erlaubt, das Buch mitzunehmen, weil ich ihn einmal zu einem Vortrag in den CVP Klub eingeladen habe, den ich in Bern zusammen mit NR Imfeld ins Leben gerufen habe. Dort musste ich versprechen, etwas Werbung zu machen, wo es geht. Er wäre vielleicht auch einmal mal auch ein Referent für die AWG.

Mit seinem Rating stuft er also die Parlamentarier auf einer Skala ein, und die ist doch nicht so unzuverlässig. Ich bin dann mit meinem Stimmverhalten innerhalb der CVP praktisch deckungsgleich bei Ihrem Schweizerischen AWG Präsidenten, NR Arthur Loepfe, ausserhalb der CVP etwa bei einem Pierre Triponnez, FDP. Nicht die schlechteste aller Gesellschaften, möchte ich meinen, mit der nötigen Distanz nach links, und da in der CVP in der Minderheit, und der nötigen Distanz zur SVP, und dann meistens in der CVP in der Mehrheit.

Ich komme zum Schluss: Ich entschuldige mich für die Oberflächlichkeit, hoffe aber mindestens, Sie nicht zu sehr gelangweilt zu haben. Und in diesem Sinne würde es mich freuen, wenn ich auch für den kommenden Wahlkampf etwas auf Ihre Unterstützung zählen darf, für die CVP, für die AWG, für Zug, „damit Zug auch in Bern vorne bleibt.“

Gerhard Pfister, Präsident CVP Kanton Zug, Nationalrat